

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am
27.02.2019, um **18:00**, im Stadtverordnetensaal (Raum 119) des Rathauses,
Marktplatz 14, Baunatal-Altenbauna.

Sitzungsbeginn: 18:06 Uhr

Sitzungsende: 18:52 Uhr

Anwesende:

Vors. Stadtverordneter Löber, Ralf
Stadtverordneter Dittmar, Arnold
Bürgermeisterin Engler, Silke
Stadtverordneter Finis, Mathias (ab TOP 2)
Stadtverordneter Hasper, Hannes
Stadtverordneter Lorenz, Dr. Klaus-Peter
Stadtrat Meibaum, Wolfram
Stadtverordneter Oswald, Dr. Rainer
Stadtverordnete Pütz, Ingrid
Stadtverordneter Riemenschneider, Bernd
Stadtverordneter Rost, Lothar
Stadtverordneter Schulzke, Reimut
Stadtverordneter Stüssel, Sebastian (Gast)
Ausländerbeirat Demircan, Muammer

Verwaltung:

Riehm, Tanja, Schriftführerin
Fachbereichsleiter Schenk, Uwe

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ralf Löber, begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung, zu der mit Schreiben vom 19.02.2019 form- und fristgerecht geladen war, und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Es ergeben sich keine Einwände gegen die Tagesordnung.

TAGESORDNUNG:

- 1 **Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 7 „Einkaufszentrum“, 3. Änderung, Stadtteil Altenbauna gem. § 2 Abs. 1 BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB**
- 2 **Vorhabenbezogener Bebauungsplanung Nr. 50 B "Schauenburger Straße",
Stadtteil Großenritte**
 1. **Beschluss über die Stellungnahme**
 2. **Satzungsbeschluss**
- 3 **Antrag der SPD-Fraktion
hier: Lärmschutz in Baunatal-Guntershausen**
- 4 **Berichte**
- 5 **Mitteilungen**

Beratungen / Beschlüsse:**1 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 7 „Einkaufszentrum“, 3. Änderung, Stadtteil Altenbauna gem. § 2 Abs. 1 BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB**

Vorlagen-Nr. 18/2019

Frau Bürgermeisterin Engler erläutert die Aufstellungsgründe für die Bebauungsplanänderung sowie das beabsichtigte Bauvorhaben der GWH. Die zu diesem Tagesordnungspunkt gestellten Fragen werden von ihr beantwortet. Es soll dort kein sozialer Wohnungsbau entstehen. Die Anzahl der Wohnungen steht noch nicht fest. Eine Berechnung der Stellplätze soll bis zum Entwurfsbeschluss von der GWH vorgelegt werden.

Herr Rost bittet folgende Punkte mit der GWH hinsichtlich der Festsetzung im Bebauungsplan zu besprechen:

- Dachbegrünung/Dicke der Vegetationsschicht mind. 10 cm
- Errichtung von PV-Anlagen
- Errichtung von E-Ladesäulen in der Tiefgarage
- Errichtung von barrierefreien Wohngebäuden/Wohnungen nach DIN 18040. 20 % der Wohnungen sollen für Rollstuhlfahrer geeignet sein.

Frau Bürgermeisterin Engler wird dies als Wunsch der Stadt an die GWH weitergeben.

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Einkaufszentrum“, 3. Änderung, Stadtteil Altenbauna gem. § 2 Abs. 1 BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB.

Damit sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine geplante Nachverdichtung mit überwiegend Wohnnutzung im Bereich Heinrich-Nordhoff-Straße/Am Erlenbach geschaffen werden.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst auf einer Fläche von insgesamt 1,23 ha die Flurstücke Flur 4, Flurstück 72/5 sowie Flur 3, Flurstücke 112/43; 112/44; 112/45; 112/83.

Das innenstadtnahe Planungsgebiet ist begrenzt durch die Heinrich-Nordhoff-Straße, die Friedrich-Ebert-Allee sowie die Straßen An der Bauna und Am Erlenbach.

Beratungsergebnis: 9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**2 Vorhabenbezogener Bebauungsplanung Nr. 50 B „Schauenburger Straße“,
 Stadtteil Großenritte
 1. Beschluss über die Stellungnahme
 2. Satzungsbeschluss**

Vorlagen-Nr. 23/2019

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gestellten Fragen werden von Frau Bürgermeisterin Engler beantwortet. Bevor eine Dachbegrünung mit einer Vegetationsschicht von mind. 10 cm Dicke in zukünftigen Bebauungsplänen festgesetzt wird, möchte Frau Bürgermeisterin Engler Fachgespräche führen, um Mehrkosten, die zur Verteuerung des Wohnraums führen würden, auszuschließen.

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung, der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Offenlegung eingegangenen Stellungnahmen sollen, wie in den beiliegenden Erläuterungen dargelegt, behandelt werden.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 50 B „Schauenburger Straße“, Stadtteil Großenritte, gemäß § 10 BauGB als Satzung.

Beratungsergebnis: 9 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

3 Antrag der SPD-Fraktion hier: Lärmschutz in Baunatal-Guntershausen

Vorlagen-Nr. 4-2019

Herr Dr. Lorenz erläutert den in der Begründung zum Antrag dargelegten Sachverhalt.

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt über den Antrag wie folgt ab:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag zu beschließen:

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, von der Deutschen Bahn AG

1. zeitnah die Planung und Umsetzung eines wirksamen Schallschutzes entlang seiner Strecken in Baunatal-Guntershausen einzufordern, und
2. die Deutsche Bahn AG aufzufordern, eine verbindliche Zeitplanung für diese Maßnahmen zu benennen.

Beratungsergebnis: 10 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

TOP 4 und TOP 5 sollen zusammengefasst werden.

4 Berichte

5 Mitteilungen

Frau Bürgermeisterin Engler berichtet,

- ⇒ dass das Mooswandprojekt in Stuttgart abgeschlossen ist. Die Mooswände wurden abgebaut. Ergebnis der Studie ist u. a., dass es keine Hinweise auf eine Wirkung in Bezug auf Stickoxide gibt und lediglich eine leichte Wirkung bei Feinstaub erkennbar ist. Das Projekt soll in Baunatal nicht umgesetzt werden;
- ⇒ dass ein Ingenieurbüro im Hinblick auf die Einführung einer Gebäudeleittechnik mit der Untersuchung beauftragt wurde. Exemplarisch wurden 3 Gebäude ausführlicher betrachtet und hinsichtlich der zu erwartenden Kosten bewertet. Ergebnis der Untersuchung ist, dass durch die Einführung dieser Technik hohe Investitionskosten entstehen, die sich nicht durch Einsparungen amortisieren werden. Die Implementierung einer Gebäudeleittechnik kann zur Zeit nicht empfohlen werden.
Der Bericht wird in den Sitzungsdienst (nur zur internen Verwendung) eingestellt;
- ⇒ dass ein Klimaaktionsplan erstellt wurde, in den alle bereits beschlossenen Maßnahmen eingeflossen sind und der fortgeschrieben werden soll. Dazu ist kein weiterer Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung erforderlich.
Der Klimaaktionsplan wird in den Sitzungsdienst eingestellt;
- ⇒ berichtet über Maßnahmen, die umgesetzt wurden, um den Erhalt und die weitere Ansiedlung von Bienen zu fördern. So wurden z. B. städtische und private Blühstreifen angelegt, am „Tag der Nachhaltigkeit“ im letzten Jahr gab es zum Thema „Bienen“ eine Veranstaltung in der Waldstation, städtische Obstwiesen werden giffrei und extensiv bewirtschaftet und

Grünflächen werden extensiv gepflegt. In der Waldstation wurde das Thema „Bienen“ für Kindergärten und Schulklassen bereits aufgenommen. Die BDKS stellt „Insektenhilfen“ her, die dort käuflich erworben werden können;

- ⇒ dass die Machbarkeitsstudie für Raddirektverbindungen im Zweckverband Raum Kassel abgeschlossen ist. Die Raddirektroute von Baunatal nach Kassel wird noch nicht realisiert, da diese mit dem größten Aufwand innerhalb der Stadt Kassel verbunden ist. Die Brücke über die L 3219 in Baunatal soll barrierefrei umgebaut werden. Die Kosten, die der Stadt für die Herstellung einer Rampe entstehen, belaufen sich auf insgesamt 120.000 €. Entscheidet man sich statt der Rampe für eine Treppe, würden Kosten in Höhe von 94.000 € entstehen. Frau Bürgermeisterin Engler bittet die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses darum, Hessen Mobil signalisieren zu dürfen, dass die Stadt mit der Herstellung der Rampe einverstanden ist. Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus.

Herr Finis fragt nach, welche Strecke als asphaltierte Strecke für einen sauberen Anschluss aus dem Gebiet „Buchenloh“ im Bereich der Brücke der A 49 geplant ist. Dies ist Thema in der nächsten Sitzung der Projektgruppe Radwege im Mai. Frau Bürgermeisterin Engler gibt hierzu in der darauffolgenden Sitzung des Bau- und Umweltausschusses eine Rückmeldung;

- ⇒ dass eine gut besuchte Bürgerinformation zum Radweg R 1 in Guntershausen stattgefunden hat. Die Bürger haben sich gegen die Verlegung des Radweges durch den Streckweg entschieden. Eine Trasse wurde festgelegt und wird weiterhin geprüft. Die kurzfristige Realisierung ist aber aufgrund der schwierigen Haushaltssituation nicht möglich.

Weitere zu protokollierende Wortmeldungen liegen nicht vor.

DER VORSITZENDE

DIE SCHRIFTFÜHRERIN

Ralf Löber
Stadtverordneter

Tanja Riehm